

*Wer zu viel erwartet, organisiert seine eigene Enttäuschung.*

*Ein Schweizer Journalist*

## Angst vor den achtziger Jahren?

Für sehr viele scheinen die Aussichten auf die achtziger Jahre so trübe zu sein wie das Juliwetter dieses Sommers. Kaum war man des neuen Jahrzehnts ansichtig geworden, warnte schon alles, was in Politik, Medien und Intelligenz an öffentlicher Prophetie sich zu beteiligen pflegt, vor dessen fast numinoser Gefährlichkeit. Es würden die vermutlich schwierigsten, wahrscheinlich krisenhaftesten, auf jeden Fall unsichersten Jahre seit Kriegsende sein. Nicht nur Parteipolitiker in Vorwahlkampfstimmung, die meinen, sie müßten immer die größten Parallelen ziehen, um von den Leuten in ihren „strategischen“ Absichten verstanden zu werden, vergleichen die Situation bereits zu Beginn der achtziger Jahre je nach Richtung, Strategie und Temperament mit der Entwicklung von vor 1914 oder der von 1938. Auch international geachtete Konfliktanalytiker prognostizieren in den grauesten Tönen: Ein internationaler Konflikt größten Ausmaßes noch in diesem eben so verflixten Jahrzehnt sei möglich, ja wahrscheinlich. Und da und dort scheint die Stammtischfrage, ob der Dritte Weltkrieg im Grunde nicht schon bereits begonnen habe, zu einer makabren Beliebtheit geworden zu sein. Die Angst vor schicksalhaft nicht mehr abwendbaren Entwicklungen, vor der möglicherweise sich anbahnenden großen Katastrophe scheint nicht nur in den diffusen Formen nur halb artikulierbarer gesellschaftlicher Stimmungen gewachsen zu sein. Sie hat offensichtlich Eingang gefunden in das erkenntnisleitende Interesse der politischen Führungen westlicher Demokratien und wird – effektverstärkend – mehr oder weniger gezielt im Prozeß öffentlicher Meinungsbildung eingesetzt.

### Plötzlich Katastrophenahnung

Gründe für zunehmende Krisenangst gibt es genug: den Rüstungswettlauf mit offensichtlichen Gewichtsverschiebungen zugunsten des Ostens, die vielen lokalen Krisen in den verschiedenen Teilen der Welt, die sich vom Fernen Osten bis zum südlichen Afrika jederzeit zu militärischen Konflikten mit internationalen Verwicklungen ausdehnen können; den durch den Einmarsch in Afghani-

stan wieder aller Welt vor Augen geführten offensiven, wenn auch defensiv begründeten Expansionsdrang der Weltmacht Sowjetunion; die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von den krisengeschüttelten, jederzeit explodieren könnenden Ölgebieten des Nahen Ostens; die Gefahr, daß diese schon in den nächsten Jahren in sowjetische Abhängigkeit geraten könnten und der Westen dadurch erpreßbar würde; die offensichtlich gewordene und mittelfristig kaum behebbare Führungsschwäche Amerikas und der ganzen westlichen Welt mit der weltpolitischen Problematik von Ersatzfiguren aus dem zweiten Glied; die trotz aller Bemühungen um Intensivierung mehr fassadenhaft als real funktionierende europäische Zusammenarbeit, die weiterhin ungelösten internationalen Währungsprobleme; den durch den Ost-West-Konflikt wieder überlagerten, aber angesichts der noch radikaleren Verarmung von großen Teilen der Dritten Welt sich im Grunde ebenfalls noch verschärfenden Nord-Süd-Konflikt.

Allerdings ist das die Weltkarte, wie wir sie seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten kennen. Auf dieser Karte haben sich einzelne Flecke verdunkelt (Iran, Indochina), andere haben sich wenigstens vorübergehend erhellt, wenn man an das Rhodesien-Problem denkt oder an die Entmaoisierung Chinas mit dessen wohl noch nicht endgültiger Öffnung zum Westen. Andere Konflikte haben sich mit Sicherheit verschärft und die internationale Lage prekärer gemacht. Dazu gehört sicher die neue Anspannung zwischen den Weltmächten, die Zuspitzung des Ost-West-Konflikts nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan. Und zweifellos weist der Afghanistankonflikt insofern eine neue Qualität auf, als die Sowjets zum erstenmal nach dem Zweiten Weltkrieg über den Bereich der eigenen Satelliten hinaus militärisch eingegriffen haben. Entsprechend war der Schock von Westeuropa bis in den Fernen Osten.

Aber so umstürzend *neu* ist dieser Konflikt bei nüchterner Einschätzung sowjetischer Machtpolitik auch wieder nicht. Es galt, eine wenigstens scheinbar unsicher gewordene Flanke in einem unruhigen, für die Sowjets aussichtsreichen Vorfeld zu „befrieden“, einen Zustand dauernder Instabilität und dadurch möglich werdende gegnerische

Einflüsse auszuschalten. Man konnte so mit defensiver Begründung den eigenen Machtbereich ausdehnen, sich zugleich dem Indischen Ozean einen wichtigen Schritt nähern und im Blick auf eine mögliche künftige Auseinandersetzung um die Ölfelder des Nahen Ostens sich eine dauerhafte Vorteilsposition schaffen. Nach der Logik einer totalitären und im klassischen Sinne des 19. Jahrhunderts imperialen Weltmachtspolitik war das nur konsequent und der Zeitpunkt angesichts der Verwicklung der USA in die iranische Krise fast einmalig günstig. Angesichts einer nach wie vor auf Expansion zielenden Großmacht, die als Trägerin der Weltrevolution in Indochina wie in Afrika Stellvertreterkriege führen läßt, um Regimen ihrer Couleur zum Siege zu verhelfen, und für die regionale militärische Konflikte ohnehin die Fortsetzung der Politik mit anderen (militärischen) Mitteln ist, konnte die Besetzung Afghanistans eigentlich gar nicht überraschen. Sie war jedenfalls nicht in dem Sinne von neuer Qualität, daß sie sich aus der inneren Logik sowjetischer Politik als wohlkalkulierter begrenzter Konflikt nicht erklären ließe. Wer sich dadurch allzusehr vor den Kopf gestoßen fühlt, mußte diese Logik irgendwie unterschätzt haben oder in der Hoffnung auf eine lineare Fortsetzung und Ausdehnung der Entspannungspolitik vergessen haben, daß es diese Logik nach wie vor gibt. Sie zu vergessen mußte aber angesichts der sowjetischen Indochina- und Afrikapolitik trotz Entspannungskurs im europäischen Bereich einigermassen schwerfallen.

Damit ist natürlich noch nichts gegen die Gefährlichkeit der Eskalation infolge des Afghanistankonflikts gesagt. Gerade die Logik, mit der die Sowjetunion Machtpolitik im Horizont kommunistischer Weltrevolution betreibt, unterstreicht die Gefährlichkeit dieser Eskalation. Und die mit Regeln rationaler Politik schwer zu umschreibende Reaktion der westlichen Führungsmacht tut dies auf ihre Weise. Die Verunsicherung, die der Afghanistankonflikt im Westen ausgelöst hat und die nicht nur mit der Frage einer möglichen Ausdehnung und deren Fernwirkungen zu tun hat, und die relative Unberechenbarkeit der amerikanischen Reaktionen auch durch deren Verbündete zeigt, wie sehr diese Logik außerhalb des sowjetischen Einflusbereichs gerade in letzter Zeit unterschätzt worden ist. Sonst wären die Reaktionen gezielter, selbstbewußter und einvernehmlicher ausgefallen.

## Die eigentliche Gefahr

Rührt die jetzt hochkommende Katastrophenangst also nicht überhaupt in erster Linie aus der Unterschätzung sowjetischen Expansionswillens und aus einer nicht genügend nüchternen Sicht der mit der zweifellos ernst gemeinten Entspannungspolitik verbundenen sowjetischen Zielsetzungen her? Wird jetzt nicht die Kriegsangst groß geschrieben, weil man meinte, den Weltfrieden, wenigstens im Sinne der Vermeidung internationaler militärischer Zusammenstöße, billiger haben zu können, als er tatsächlich zu haben ist? Hat man jetzt nicht deswegen Weltkriegs-

angst, weil man Entspannung allein schon als ausreichende Friedenssicherung mißverstanden hatte?

Aber ist dadurch die weltpolitische Lage so einmalig zugespitzt, daß sie gewissermaßen nach ihrer eigenen inneren Gesetzlichkeit zur Katastrophe werden muß? Hat denn nicht jedes Nachkriegsjahrzehnt seine besonders zugespitzte, den Weltfrieden gefährdende Krise gehabt: die Berlinkrise, die Koreakrise Anfang der fünfziger Jahre, die Kubakrise 1962, die Eskalation in Indochina noch in den siebziger Jahren? Wo zeichnet sich jetzt die scheinbar unvermeidbare Katastrophe ab? In einer irrationalen Reaktion des Westens auf die sowjetische Herausforderung? In dem ungewohnten amerikanischen Säbelrasseln, wie es während der letzten Monate gelegentlich zu vernehmen war? Solches verschafft den Sowjets eher politische Vorteile. So unüberlegt sind die Sowjets nicht, daß sie diese durch übertriebene Kriegsdrohungen gefährden würden. Im unmittelbaren Zugriff des Ostens auf die Energiequellen, von denen die westlichen Länder abhängig sind? Auch hier wird sich die Sowjetunion kaum die Möglichkeit, zunehmend stärker politischen Einfluß gewinnen zu können, durch unkalkulierte und in den Folgen unkalkulierbare militärische Aktionen verderben wollen. Durch eine durch sowjetische Bedrohung ausgelöste Einkreisungspolitik in Ost- und Südostasien, die die Sowjets zum „Ausbruch“ provozieren könnte? Aber so gefährlich kann, selbst wenn von Einkreisungspolitik zu reden richtig wäre, eine Bündnispolitik zwischen so ungleichen Partnern wie Japan, China und USA nicht werden, daß sie der Selbstbehauptung wegen oder zur Wahrung der Chancen auf Expansion zu einem Ausbruch mit unabsehbaren Folgen veranlaßt werden könnte. Schließlich gar in einem sowjetisch-chinesischen Konflikt? Dazu ist das chinesische Experiment mit dem Westen noch zu wenig weit fortgeschritten. Die Chinesen dürften noch ihre Zweifel an dessen Tragfähigkeit haben, und sie sind selbst schon zur Vermeidung innenpolitischer Explosionen zu sehr an der Verbesserung der eigenen Wirtschaftslage interessiert, um die Sowjets übermäßig militärisch zu reizen.

Und die unmittelbaren Gefahren in Europa? Die Sowjetunion scheint nicht an einem Ende der Entspannung interessiert zu sein, schon um in anderen Teilen der Welt in ihrem Sinne handlungsfähiger zu bleiben.

Zuzugeben ist allerdings auch, daß, nur teilweise mit dieser Entspannungspolitik zusammenhängend, die siebziger Jahre dem kommunistischen Machtbereich und dessen Politik in Westeuropa nicht nur Vorteile gebracht haben. Ein Umschwung während der siebziger Jahre, der bisher viel zuwenig beachtet wurde, war zwar nicht die Herausbildung eines gegenüber den Sowjets halbwegs unabhängigen, westlich integrierbaren Eurokommunismus. Dieser war als europäische Erscheinung ein eher kurzatmiges Zwischenphänomen. Wohl aber ist etwas passiert, das bis Mitte der siebziger Jahre niemand so recht glauben wollte. Der Einfluß der kommunistischen Parteien in west- und südeuropäischen Ländern ist gestoppt. Spanien hat bei nur mäßigem Einfluß der dortigen kommunistischen Partei den Übergang aus der Franco-Diktatur in ein freiheitlich-de-

mokratisches Staatswesen ohne allzu große innere Brüche geschafft. Portugal, wo lange ein Abgleiten in eine rot eingefärbte Diktatur zu befürchten war, ist zwar weiter von inneren Krisen geschüttelt, aber an eine Machtübernahme durch Kommunisten und kommunistenfreundliche Kräfte denkt im Blick auf die achtziger Jahre wohl niemand mehr. In Frankreich ist die Linksunion seit 1974 zerfallen. An eine Wiederauffrischung denkt niemand. Eine direkte Teilnahme der Kommunisten an der Macht ist, sofern sie überhaupt je gewollt war, in weite Ferne gerückt. Bei den Sozialisten und selbst im gewerkschaftlichen Bereich machen sich zum erstenmal moderate sozialdemokratische Kräfte bemerkbar. In Italien wurde der Vormarsch der Kommunisten in den Wahlen 1976 zunächst aufgehalten und 1979 endgültig gestoppt. Von dem über Jahre ebenfalls für schicksalhaft unabwendbar gehaltenen „Historischen Kompromiß“ spricht inzwischen kaum noch jemand. Die Kommunisten verlieren weiter an Terrain. In letzter Zeit scheint sogar deren Einfluß im gewerkschaftlichen Bereich geringer zu werden. Auch die vielfältigen Formen neomarxistischer Strömungen haben in diesen Ländern an Ausstrahlungskraft wieder verloren. Man könnte hier sogar von einer Art Selbstkorrektur gegenüber ostverwandten totalitären Kräften sprechen.

Es ist schwer zu sagen, was dies für die Ost-West-Auseinandersetzung bedeutet bzw. welche Folgerungen die sowjetische Führung aus der Tatsache zieht, daß eine legale Machtergreifung durch verbündete Parteien in Westeuropa bisher nicht gelungen und für absehbare Zukunft ausgeschlossen ist. Sicher dürfte dieser Umstand mit ein Grund dafür sein, in einem ständigen Wechselspiel von militärischem Druck und politischer Entspannung den indirekten politischen Einfluß auf das westliche Europa insgesamt zu verstärken durch Sicherung politischer Vorteile, durch militärische Überlegenheit und durch wenigstens teilweise Loslösung der europäischen von den amerikanischen Interessen mittelfristig Positionen zu gewinnen, die langfristig durchaus zu einer *sowjetischen Vorherrschaft über Gesamteuropa* führen könnten. Es ist gerade in den letzten Monaten aufgefallen, wie sehr die Sowjetunion nicht nur mit ihrer Abrüstungsstrategie – Schonung der Westeuropäer auf Kosten des europäisch-amerikanischen Zusammenhangs –, sondern auch mit Hilfe (auch) ihrer militärischen Asienpolitik zugleich Europapolitik betreibt: durch gezielten Einsatz asiatischer Positionen zur Einschüchterung der Europäer: der Skandinavier, der Spanier, der Deutschen oder dessen, der sich gerade anbietet.

Angesichts dieser Strategie ist Kriegsangst ein äußerst gefährlicher Lehrmeister, ja sie könnte zur *eigentlichen Gefahr* für Europa werden und einen dann irgendwann unvermeidlich werdenden Weltkrieg doch nicht verhindern. Europa befindet sich ohnehin in einem ungunstigen Zustand, und, was nicht weniger schwer wiegt, die westlichen Demokratien sind gegenüber der östlichen Führungsmacht in einem strategisch fast konstitutionellen Nachteil.

Es gibt die Nato, wenn auch mit periodisch bröckelnder Geschlossenheit, aber kaum eine wirklich gemeinsame eu-

ropäische Ostpolitik weder mit noch ohne Amerika. Zwar scheint die Einsicht, jedenfalls in Kontinentaleuropa, gemeinsam gefährdet zu sein und deswegen gemeinsam oder wenigstens abgestimmt handeln zu müssen, wieder zu wachsen. Es gibt diesbezüglich Anzeichen eines Umdenkens in Frankreich und in bezug auf Frankreich parallel dazu in Deutschland, aber nationale Außenpolitik sowohl gegenüber dem Westen wie gegenüber dem Osten herrscht weiter vor. Der Osten kann geschlossen auftreten, er hat kaum innenpolitische Rücksichten zu nehmen und kann gegenüber „Partnern“ nach eigenem Interesse handeln. Im Westen ist jede Strategie das Ergebnis mühsamer Verhandlungen und auch mit Rücksicht auf den Wähler zustande gekommener Kompromisse, mit einer aktiven oder wenigstens die Ergebnisse mitbedingenden Öffentlichkeit. Die *Auseinandersetzungen um die Olympischen Spiele* in Moskau waren ein einprägsames Beispiel dafür. Kommt zu diesen differenzierteren Voraussetzungen der Außenpolitik westlicher Demokratien ein von Krisen- oder gar Kriegsangst beherrschtes innenpolitisches Klima, kann dies in der Ost-West-Auseinandersetzung fast tödliche Folgen haben; nicht im Sinne einer erhöhten unmittelbaren Konflikt- oder Kriegsgefahr, wohl aber als *strategischer Zwang zum kontinuierlichen Nachgeben*. Genau dies scheint sich massenpsychologisch in den letzten Monaten zuzutragen. Weil man plötzlich den Frieden ernsthaft gefährdet sieht, drängt man zum Kompromiß, noch bevor die möglichen politischen Gegenzüge ausgelotet sind. Einem solchen Trend kann sich auf die Dauer – und schon gar in einem Wahljahr – keine demokratisch gewählte Regierung entziehen, selbst wenn sie, ob konservativ oder sozialdemokratisch eingefärbt, es wollte. Es sei denn, man habe den Mut, die diesen Trend mitverursachenden irrationalen Ängste selbst zum Thema der Politik zu machen und damit aufzuklären.

### Eine Frage demokratischer Selbstbehauptung

Damit wird aber auch deutlich, worum es *eigentlich* geht. Die Zukunft des Westens und letztendlich auch die Zukunft des Friedens hängt vom Willen des Westens zu *demokratischer Selbstbehauptung* ab. Dabei sind Innen- und Außenbeziehungen eng verflochten. Wer die eigene politische Lebensform entweder nicht für lebensfähig oder nicht für lebenswert hält, wird bei zunehmendem Druck von außen zuallererst – wie er meint, um des Friedens willen – bereit sein, „Kompromisse“ einzugehen, den Preis im Ringen der staatlich-gesellschaftlichen Systeme nicht exakt zu prüfen, sondern, nur noch mehr oder weniger das Gesicht wahrend, zurückzuweichen. Vermutlich wird man solche Neigungen nie nur einer Seite zuschreiben können. Konservative, die an der langfristigen Lebensfähigkeit von Demokratien zweifeln – von diesen gibt es mehr, als man denkt –, pflegen sich eher noch ausgeprägter fatalistischen Ängsten hinzugeben als solche, die sich zur Demokratie wenigstens in

der Form der westlich-freiheitlichen Demokratie nur halb bekennen, weil sie ihnen noch zuviel „Herrschaft“ enthält oder weil sie an deren systemimmanente Verbesserungsfähigkeit nicht recht glauben wollen. Vor allem aber wächst die Angst bei denen, und das ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die ihr wirtschaftlich-soziales Wohlbefinden durch eine Verschärfung von Spannungen gefährdet sehen und deshalb schon bei jeder Anspannung der Weltlage vorwiegend nur an der Besänftigung des Gegners interessiert sind.

Ein *Hauptproblem* scheint diesbezüglich aber allmählich geworden zu sein, daß die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaft zu sehr als eine Selbstverständlichkeit angesehen wird, um in ihrer politisch-ethischen Überlegenheit gegenüber totalitären Systemen auf Anrieb erkannt zu werden und um diese Überlegenheit zum erkenntnisleitenden Maßstab politischen Denkens und Tuns zu machen. Entsprechend ist die Angst vor letzteren zurückgegangen und wird von der Angst vor kriegerischer Auseinandersetzung im Falle politischer Gegenaktionen gegen einen übermächtig werdenden, totalitär regierten Herrschaftsblock überrundet. Dadurch wird die politische Handlungsfähigkeit des Westens blockiert.

Es muß also auch nach außen wieder mehr um die *politische Verteidigungsfähigkeit westlich-demokratischer Lebensform* gerungen werden, und zwar gerade gegenüber den politisch nach Weltherrschaft strebenden totalitären Mächten – natürlich unter dem Schirm eines möglichst auf enger westlicher Kooperation beruhenden mili-

tärischen Gleichgewichts. Letztlich entscheidet in diesem Ringen aber der *politische* Selbstbehauptungswille, und dieser hängt ganz entscheidend davon ab, für wie lebens- und verteidigungswert die eigene Staats- und Lebensform gehalten wird.

Sofern der politische Selbstbehauptungswille der westlichen Demokratien nach innen und außen im ganzen Westen wieder deutlichere Konturen erhält, dürften angesichts der inneren (wirtschaftlichen, ideologischen und staatlichen) Systemschwächen und angesichts der größer werdenden dortigen Orientierungsprobleme (besonders innerhalb der jungen Generation) langfristig sogar Hoffnungen auf einen gewissen inneren Entspannungszwang in kommunistischen Systemen selbst nicht ganz illusorisch sein.

Daß indessen die Großmächte überlegt auf den großen Weltkonflikt zusteuern oder unüberlegt in diesen hineinschlittern, ist recht unwahrscheinlich – es sei denn, ein Verrückter löse den Atomfall aus. Aber mit dieser apokalyptischen Möglichkeit leben wir ja schon seit der Zündung der ersten Atombombe. Man kann also darauf bauen, daß – das nötige eigene Selbstbewußtsein nicht nur der führenden westlichen Politiker, sondern auch der Bevölkerungen, die sie vertreten, vorausgesetzt – auch bei zugespitztem Konflikt immer noch Handlungsspielraum bleibt, weil keine noch so imperiale Weltmacht so leicht die eigene Existenz aufs Spiel setzt. So gesehen müßten die achtziger Jahre gar so trübe nicht einmal werden.

D. A. Seeber

## Vorgänge

### Sakramentenkongregation: Liturgie im Rückwärtsgang

Daß die Instruktion „Inaestimabile donum“ der römischen Kongregation für die Sakramente und den Gottesdienst (vgl. HK, Juli 1980, 369) in der deutschen Kirche so unverhältnismäßig große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, verdankt sie vor allem dem kurzen Satz in Nr. 18: „Frauen sind jedoch nicht die Funktionen eines Akolythen (Meßdieners) gestattet.“ Was hier lapidar festgestellt wird, bot inzwischen Anlaß zu zahlreichen Leserbriefen in Kirchenzeitungen, provozierte eine Unterschriftenaktion, beschäftigte den Berliner Katholiken-tag selbst noch auf einem mit viel

Prominenz besetzten Forum zum Thema Grundwerte und war der „Süddeutschen Zeitung“ ein „Streiflicht“ wert: „Wieder ist ein Sonntag ins Land gegangen, ohne daß die katholische Kirche ihr derzeit größtes Problem hätte lösen können: die Ministrantinnenfrage“ (SZ, 23. 6. 80). Der Fall liegt klar: Die als Ergänzung zum diesjährigen Gründonnerstags schreiben Johannes Pauls II. vorgelegte Instruktion *verbietet* in diesem Punkt eine in der Bundesrepublik *weitverbreitete*, wenn auch nie *unumstrittene Praxis*, heißt es doch in ihrer Nr. 27: „Sollte etwas eingeführt sein, was im

Gegensatz zu diesen Verfügungen steht, so muß es geändert werden.“ Angesichts der kaum zu überbietenden Ernsthaftigkeit, mit der in der Frage der Ministrantinnen nicht erst seit Erscheinen von „Inaestimabile donum“ Argumente gesucht, verteidigt, begründet und abgewogen werden, liegt die Versuchung zur Satire nahe. Man sollte ihr aber nicht nachgeben, und zwar aus zweierlei Gründen: Einmal, weil an dem Marginalproblem der Ministrantinnen doch einige wesentlich grundsätzlichere Fragen von der Stellung der Frau in der Kirche bis zur normativen Kraft der pastoralen Praxis ins Spiel kommen. Zum anderen, weil von der Instruktion insgesamt ein deutliches Licht auf die Probleme der *ortskirchlichen Umsetzung*